

Die deutsche Europa-Diskussion – Auf der Suche nach einer klaren Kontur

Werner Weidenfeld



Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld, Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Man hat ein neues „Wort des Jahres“ gekürt: „Rettungsroutine“. Es löst einen anderen Begriff ab: „Stresstest“. Die seit Jahren andauernde Krise Europas setzt die Politik des ganzen Kontinents unter Spannung. Die Herausforderung ist höchst komplex. Helmut Schmidt erklärt das Problem mit unverblümter Direktheit: „Was fehlt, ist Führung“. Immer intensiver wird dazu der Blick auf Deutschland gerichtet. Welche Zukunftsperspektive wird für Europa eröffnet und welche Rolle wird Deutschland dabei übernehmen?

Das unverzichtbare deutsch-französische Tandem

Auch wenn dabei heute eine besondere Dringlichkeit mitschwingt, so darf man nicht übersehen, dass das Thema „Deutschland in Europa“ von den ersten Tagen der Integration nach dem Zweiten Weltkrieg virulent war, mit jeweils unterschiedlichen Akzenten. Da galt es zunächst den ehemaligen Kriegsgegner zu kontrollieren. Konrad Adenauer konnte dann erklären, Europa diene auch zum Schutz des deutschen Volkes vor seinen eigenen fragwürdigen Traditionsbeständen, nämlich antidemokratischem Denken und antiwestlichen Affekten. Dann hatten Deutschland und Frankreich die Kernkonflikte um die Römischen Verträge zu klären. Nur wenig später dachten beide Nachbarn an eine europäische Politische Union und Sicherheitsunion. Als die übrigen EWG-Mitglieder nicht mitmachen wollten, kreierten sie mit dem Deutsch-französischen Freundschaftsvertrag einen bilateralen Ansatz. Und so ging es weiter: Frankreichs „Politik des leeren Stuhls“ gegen Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat, Vollendung des Binnenmarkts als Antwort auf die „Eurosclerose“. Und dann, als politische Krönung gedacht, die Wirtschafts- und Währungsunion mit dem Euro. Immer war deutsch-französische Führung gefordert. Als sie nicht geleistet wurde, wie beim Vertrag von Nizza, blieben die großen Fortschritte aus.

Die Frage nach der deutschen Führungsleistung ist also immer verwoben mit dem Blick auf das deutsch-französische Tandem, nach der Osterweiterung der Europäischen Union erweitert auf ein deutsch-französisch-polnisches Dreieck.

Wer soll führen?

Ein Blick in die Geschichte zeigt auch immer wieder die Ambivalenz der Forderung nach einem deutschen Führungsbeitrag in Europa. Führung wird gefordert. Wird sie dann geleistet, wird sie sofort kritisiert. Wird sie unterlassen, wird ebenfalls Kritik geübt. Alle Nachbarn sollen in die Führungsperspektive einbezogen werden. Führung ist also in Teambildung zu realisieren – eine ebenso sensible wie machtpolitisch komplizierte Aufgabe. Aber in diesem Modus hat sie sich auch heute zu verwirklichen.

Den besonderen Schwierigkeitsgrad hat die Direktorin des Internationalen Währungsfonds, Christine Lagarde, auf den Punkt gebracht: „Wir Europäer sind nicht besonders gut darin, zu erklären, wie die Entscheidungsprozesse funktionieren. Aber jetzt rege ich meine Kollegen in Europa an, den Prozess und die Umstände besser zu erklären“.

Bundeskanzlerin Angela Merkel betont immer wieder, im Blick auf Europa müsse man „auf Sicht fahren“. Sie unterstreicht damit einerseits ihre situative machtechnische Fingerfertigkeit und andererseits ihr Defizit an strategischen Entwürfen.

Der deutsche Europa-Diskurs

Der europapolitischen Debatte in Deutschland gelingt es nicht, die komplexen Sachverhalte transparent zu machen. Die politische Debatte ist im Wesentlichen geprägt von den zügig wechselnden Akzenten eines situativen Krisenmanagements. Entsprechend kritisieren die im Bundestag vertretenen Parteien nicht den grundsätzlichen europapolitischen Kurs und stimmen den Vorlagen der Bundesregierung zu. So agieren CDU und CSU, FDP, SPD und Grüne. Lediglich die Linke stimmt mit „Nein“, ohne aber damit eine die Öffentlichkeit packende Debatte auszulösen. Alltag ist vielmehr, dass der Grünen-Vorsitzende Cem Özdemir die Europapolitik gutheißt, aber kritisiert, dass die Bundeskanzlerin und ihr Finanzminister unterschiedliche politische Schritte vollziehen. Der europapolitische Konsens ist in Deutschland breiter als in den meisten anderen Staaten. Das hat historische Hintergründe: Nach den Katastrophen politischer Kultur, die Deutschland auslöste und den ganzen Kontinent in Kriege und Abgründe trieb, war die Wendung umso dramatischer. Die Antwort war ein unbedingtes „Ja“ zu Europa. Vertrauensgewinn, Gleichberechtigung, Schutz gegen antidemokratische Tendenzen – in der Bundesrepublik Deutschland besaß die Bejahung der europäischen Gemeinschaftsbildung von Anfang an durch die Jahrzehnte eine spezifisch-tiefe Verankerung. Konsequenterweise hat es auch nach Vollzug der Grundsatzentscheidungen zu den Römischen Verträgen nie einen Wahlkampf gegeben, in dessen Zentrum ein Pro und Contra zu Europa stand. Die Parteistrategen hatten frühzeitig erspürt, dass mit einem Anti-Europa-Kurs keine Wahl zu gewinnen ist. Entsprechend wurde bisher die europapolitische Debatte weniger vom Deutschen Bundestag geprägt als von etlichen Urteilen des Bundesverfassungsgerichts. „Karlsruhe spricht, Europa zittert.“ Das Verfassungsgericht er-

zwang auch eine stärkere Beteiligung des Parlaments. Das alles wurde ergänzt durch das „Duell der Notenbanker“.

Vor diesem Hintergrund wird bei aller Pflege der Bejahung Europas dennoch verstärkt die europäische Legitimationsfrage aufgeworfen. Da ist im Krisenmanagement ein Fiskalpakt entstanden, der die Verantwortung über 700 Mrd. Euro trägt – und wer legitimiert die dazu notwendigen Entscheidungen? Sowohl in den Medien als auch in den Parteien werden Forderungen nach direkter Volksabstimmung über die europapolitischen Entscheidungen laut. Der intellektuelle Diskurs erfasst diese Thematik. Jürgen Habermas plädiert für ein europäisches Verfassungsprojekt. Hans Magnus Enzensberger warnt vor der Entmündigung Europas durch das sanfte Monster Brüssel. Ein anderer Beitrag („Für einen Kurswechsel in der Europapolitik“) stammt von drei unterschiedlich geprägten Autoren: Peter Bofinger, Julian Nida-Rümelin und Jürgen Habermas. An eine solche Argumentation lassen sich einzelne Facetten einer wirtschaftswissenschaftlich getragenen Debatte anschließen.

Die zweifellos erheblich intensivierte Debatte hat aber bisher keine klare Kontur angenommen. Da wird ein Detail des europäischen Rettungsschirms kritisiert, daneben eine Volksabstimmung gefordert, dann deutsche Führung angemahnt – und zugleich davor gewarnt. Der Beobachter ist angesichts der Vielfalt der Stimmen und des rudimentären Zusammenhangs eher irritiert.

„Die deutsche Europapolitik verfolgt seit Adenauer eine Strategie des ‚reflexiven Multilateralismus‘, der zu Folge Bonn bzw. Berlin nationale Interessen in der Gemeinschaft nicht direkt und nicht unilateral verfolgte, sondern seine Präferenzen im europäischen Kontext bildet und in enger Abstimmung mit der französischen Führung und den kleinen Mitgliedstaaten sowie mit der Europäischen Kommission koordinierte – der Vertrag von Maastricht und die Ausgestaltung der Wirtschafts- und Währungsunion gelten als Musterbeispiel dieser Strategie des ‚leading from behind‘. Das deutsch-französische Tandem gilt seit einigen Jahren jedoch als ‚odd couple‘, was die Abstimmung zwischen Berlin und Paris in der Krisenpolitik zusätzlich erschwerte. Mit der deutschen Einheit und der damit einhergehenden finanziellen Belastung veränderten sich die Rahmenbedingungen dieser multilateralen Politik, so dass die traditionelle ‚Europafreundlichkeit‘ in Deutschland in Frage gestellt wurde und vermehrt die tatsächlichen oder vermeintlichen Kosten in den Mittelpunkt gerückt wurden.“ („Jahrbuch der Europäischen Integration“)

Eine Ordnung des sprunghaften, schwer übersehbaren Diskurses zur deutschen Europapolitik wird nur möglich, wenn zur Sache selbst, zur Krise der Integration, Klarheit verschafft wird. Die Anfragen an die deutsche Außenpolitik werden intensiver; die Herausforderungen wechseln hektischer – von der Zukunft des Euro über die Perspektive europäischer Solidarität bis hin zur Transformation arabischer Staaten, vom Nahost-Konflikt über die Energiewende bis hin zur Verhaltensstrategie im UN-Sicherheitsrat und die Zukunft der NATO. Die medialen Schlagzeilen vermitteln Schlüsselbegriffe für elementare Wahrnehmungsmuster: Krise, Albtraum, Ratlosigkeit, Europa im Stresstest.

Aber auch die intensiveren und nachdenklicheren Untersuchungen zur deutschen Außenpolitik finden keine greifbaren Antworten: „Deutsche Außenpolitik: Orientierungslos“. Alt-Bundeskanzler Helmut Kohl konstatiert: „Deutschland ist

schon seit einigen Jahren keine berechenbare Größe mehr.“ Jürgen Habermas holt noch weiter aus: „Früher ließen sich Politiken der Bundesregierungen aus einer nachvollziehbaren Perspektive bündeln: Adenauer war auf die Bindung an den Westen fixiert, Brandt auf die Ostpolitik und die Dritte Welt; Schmidt relativierte das Schicksal des kleinen Europa aus dem Blickwinkel der Weltökonomie, und Helmut Kohl wollte die nationale in die europäische Einigung einbinden. Alle wollten noch etwas! Schröder hat schon eher reagiert als gestaltet; immerhin wollte Joschka Fischer eine Entscheidung über die *finalité*, wenigstens die Richtung der europäischen Einigung herbeiführen. Seit 2005 zerfließen die Konturen vollends. Man kann nicht mehr erkennen, worum es geht; ob es überhaupt noch um mehr geht als um den nächsten Wahlerfolg. Die Bürger spüren, dass ihnen eine normativ entkernte Politik etwas *vorenthält*.“

Daran knüpft sich die Frage nach der deutschen Führungsaufgabe in Europa. Man fordert „mehr Verantwortung“. Wie diese Verantwortung strategisch umzusetzen ist, wird zur Schlüsselfrage, die im Blick auf den Status quo in der Literatur kritisch beleuchtet wird. Der Analytiker der Macht Joseph Nye schreibt dazu: „Erfolgreiche Führungspersönlichkeiten müssen eine Vision kommunizieren, die ihrer Politik einen Sinn verleiht und andere anspornt, diese Politik zu unterstützen. Gemeinhin enthält eine derartige Vision ein Zukunftsszenario, das den Wandel fördern soll. Oder sie beschreibt den Status quo als reizvoll, um Widerstand gegen den Wandel anzuspornen. Wie auch immer: Ohne eine Vision ist es schwierig, andere überhaupt in eine Richtung zu führen.“

Die Frage nach der Strategiefähigkeit deutscher Außenpolitik ist damit gestellt. Deutschland ist es nicht gewohnt, umfassende strategische Verantwortung zu übernehmen. Dafür benötigt man eine strategische Kultur und eine strategische Elite.

„Mehr Europa!“ – sind die Menschen einverstanden?

Der Machtzuwachs Europas ist unübersehbar; der Bedeutungsschub Europas ist greifbar; der Souveränitätsverzicht der Staaten geht weiter. Zur Krisenbewältigung wird ein „Mehr Europa“ gefordert. Aber wird dies alles von den Menschen mitvollzogen? Bedeutet etwa ein „Mehr Europa“ nicht zugleich ein „weniger Demokratie“? Die Frage nach der Legitimation Europas ist gestellt.

Das Bundesverfassungsgericht hat bereits die rote Linie aufgezeigt. Es wird eingreifen, wenn der Souveränitätsverzicht die Staatlichkeit Deutschlands angreift. Die plakativen Forderungen sind bekannt: „Mehr Macht dem EU-Bürger!“, „Die Bürger sollen über den Euro abstimmen“. Zugleich wird Europa aufgefordert, „endlich seinen Bürgern zu vertrauen“. Die Unzufriedenheit vieler Bürger führte in ungewöhnlich vielen EU-Mitgliedsstaaten zu Regierungswechseln und zu wachsenden Anteilen des rechten Populismus. Der demokratische Wahlakt als Ausdruck der Volkssouveränität ist die Quelle moderner Legitimation. Aber im Blick auf das Europäische Parlament ist bisher nicht die Gleichheit der Wahl gewährleistet. Die Distanz zwischen Europäischem Parlament und europäischem Bürger erscheint immer noch als sehr

groß. Auch die im Lissabon-Vertrag vorgesehene Bürgerinitiative wird da wohl keine Abhilfe schaffen.

Verschärft wird dies durch die anstehenden Erweiterungen der Europäischen Union – über Kroatien hinaus. Es stehen dann an: Montenegro, Serbien, Mazedonien, Albanien, Kosovo – nicht zu vergessen die Türkei.

Die Distanz der Menschen zur Politik muss wieder reduziert werden, soll Europa handlungsfähig bleiben. In der Europäischen Union sind die Bürger dabei, der Politik ihr Vertrauen zu entziehen. Europa mutiert zur Misstrauensgesellschaft. Die Verfahren des Rechtsstaates und der Demokratie sind ihnen fremd geworden. Die Bürger wollen mitmachen, ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen und nicht bloß Objekte ferner Entscheidungsinstanzen sein. In jedes Thema müssen die Europäer frühzeitig und direkt einbezogen werden. Nicht zuletzt eröffnen Internet-TV, Facebook und Twitter eine neue Welt der Mitwirkung, die dann auch in die persönliche Begegnung übergehen kann. Planspiele, Jugendparlamente und vieles mehr – neue Wege der Vermittlung Europas gibt es durchaus. Nur müssen sie intensiver und strategischer genutzt werden. Die europäischen Institutionen müssen in intensivierter Direktheit vor Ort die Kontroverse initiieren und organisieren. Die Präsenz vor Ort kann zum Schlüssel neuen Verstehens werden: „Going local“ sollte ein künftiges Motto werden, das Europa erlebbarer macht.

Die europäische Ebene verzeichnet also einerseits einen Bedeutungsgewinn – andererseits aber unterliegt sie demselben Erosionsprozess der politischen Kultur wie in den Mitgliedsstaaten. Hier wie dort besteht dringlicher Bedarf an Strategie, Zukunftsbild und Botschaft – aber hier wie dort wird nur punktuell, situativ und sprunghaft agiert.

Eine vitale transnationale Demokratie setzt auch voraus, dass sich die EU-Bürger mit dem politischen System identifizieren und europäische Politik demokratisch legitimieren – etwa durch den Wahlakt zum Europäischen Parlament, vor allem aber in einer lebhaften öffentlichen Auseinandersetzung zu europäischer Politik. Europapolitik wirkt nach innen in die Mitgliedsstaaten hinein – und trotzdem ist sie noch immer kein selbstverständlicher Bestandteil nationaler, geschweige denn transnationaler Debatten. Europa ist nach wie vor ein artifizieller Nebenschauplatz. Obwohl die daraus resultierende Akzeptanz- und Legitimationskrise der Europäischen Union bereits seit langer Zeit schwelte, wurden die politischen Entscheidungsträger erst dann alarmiert, als die Nachricht vom Scheitern der Referenden in Frankreich und den Niederlanden kam und ein substanzieller und notwendiger Reformschritt in der Systementwicklung der Europäischen Union über Nacht blockiert wurde. Es liegt aus diesem Grund im wohlverstandenen Eigeninteresse der Union, die Unterstützung des Bürgers für die Europapolitik durch geeignete politische Kommunikation wieder zu gewinnen.

Das Thema Europäische Integration muss zum integralen und selbstverständlichen Bestandteil politischer Debatten in den Mitgliedsstaaten werden. Die Abschottung der nationalen von der europäischen Ebene im politischen Diskurs muss aufgehoben werden, denn sie entspricht im Mehrebenensystem nicht mehr der Realität. Dazu ist Lernen und Umdenken erforderlich, nicht nur für die Bürger, sondern auch für nationale politische Entscheidungsträger. Gelingt dies nicht, so besteht die Gefahr, dass Politik zwar zunehmend auch auf

europäischer Ebene gemacht wird, aber dabei abgekoppelt bleibt von der Legitimation durch die Bürger. Anders formuliert: Der Bürger muss den politischen Entscheidungsträgern auch ein Mandat für ihre Politik in der Europäischen Union geben. Und dies vermag er nur, wenn der Europapolitik ein größerer Raum in den tagespolitischen Debatten eingeräumt wird und eine Rückkopplung zur täglichen Lebenswelt der Bürger stattfindet. Erst dann können die Bürger Europa als Teil ihrer eigenen Umwelt begreifen und zum Bezugspunkt ihrer eigenen Standortbestimmung machen.

Es bleibt also auf mittlere Sicht das fundamentale Strukturproblem internationaler Politik: die Diskrepanz zwischen globalisierter Problemstruktur, teils internationaler und teils nationaler Entscheidungsstruktur, sowie weitgehender nationaler Legitimationsstruktur. Diese Diskrepanz verweist auf das Schlüsseldefizit des Politischen der Gegenwart.

Leitbild Europa

Es gab Zeiten, da löste das Europathema eher Langeweile aus. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) war etabliert. Sie besaß Zuständigkeiten für den Agrarmarkt und den Außenzoll. Die Integration war fester Bestandteil der weltpolitischen Statik des Ost-West-Konflikts. Viele Brüsseler Korrespondenten klagten, dass ihre Heimatredaktionen keine Artikel zu Europa haben wollten. Dies alles hat sich nun tiefgreifend verändert. Europa ist zum Machtkoloss geworden. Ein umfassender Kompetenztransfer von den Mitgliedsstaaten auf die supranationale Ebene hat stattgefunden. Einen symbolträchtigen Ausdruck fand dieser in der Schaffung der gemeinsamen Währung (Euro).

Notwendig ist also Erklärung, Begründung und Deutung in einer unruhigen und zugleich komplizierten Zeit. In der Geschichte Europas ist diese Notwendigkeit nicht zum ersten Mal gegeben. Der historisch bedeutendste Schritt einer neuen Deutung der Lage war am Ende des Zweiten Weltkriegs zu beobachten. Ein Kontinent hatte über Jahrhunderte Kriege und Katastrophen erlebt. Millionen von Menschen wurden vernichtet. Blutspuren zogen sich durch die Nationen. Das Syndrom des völligen Untergangs, der völligen Vernichtung wurde anschaulich und real. Um dies alles abzuwenden, wurde der Hebel der politischen Kultur komplett gewendet: Nicht mehr eine nationalistische Überschätzung, nicht mehr die aggressive Feindlichkeit sollten die europäische Welt erklären, sondern der Aufbruch in ein gemeinsames Europa. Das Wörterbuch des Unmenschen wurde in das Archiv abgelegt und das Bild von Frieden und Freiheit sollte zum dominanten Deutungsmuster werden. Breite Bürgerbewegungen scharten sich hinter dieser Vision. Eine supranationale Gemeinschaft sollte Frieden unter jenen Staaten schaffen, denen das über Jahrhunderte nicht gelang. Ein rechtsstaatlicher Verbund der ehemaligen Kriegsgegner wurde zum Zukunftsmodell.

Diese Friedensperspektive besaß eine zweite Dimension: Im Ost-West-Konflikt fühlte man sich in den Demokratien des Westens existenziell bedroht durch die kommunistischen Diktaturen des Ostens. Jeder westeuropäische Staat wäre zu schwach gewesen, um der imperialen Weltmacht des Ostens erfolg-

reich Widerstand leisten zu können. Nur gemeinschaftlich würde ein Überleben gelingen. So wurde die Integration Europas zur unmittelbar plausiblen existenziellen Überlebensbedingung der Demokratien. Europarat, Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, Europäische Atomgemeinschaft, Deutsch-Französischer Freundschaftsvertrag: eine große Erfolgsgeschichte nahm ihren Lauf – auf der Grundlage der neuen Erfahrung von Frieden, Freiheit und Sicherheit. Als man unter der Führung von Helmut Kohl und François Mitterrand eine Wirtschafts- und Währungsunion mit einer gemeinsamen Währung schuf, wurde Kohl nicht müde, diesen Schritt als eine Frage von Krieg und Frieden zu erklären.

In den aktuellen Turbulenzen um den Euro griff der Altbundeskanzler dieses Bild wieder auf. Er schrieb in einem Artikel erneut, Europa sei eine Frage von Krieg und Frieden. Aber die Reaktion war völlig anders als früher. Seriöse Kommentare bescheinigten dieser Formel nun, sie sei „gespenstisch“. Daraus ist abzuleiten: Die elementare Begründung der Einigung Europas muss die neuen Konstellationen ebenso erklären wie die große Erfolgsgeschichte und die lange Geschichte der Krisen. Eine bloße Wiederholung der alten Formeln reicht zum Verstehen der komplexen Lage Europas nicht aus. Aber genauso wenig kann das bloße Abheben auf situatives Krisenmanagement und fluide Spekulationswellen der Märkte die Lage erklären.

Europa und die Globalisierung

Bringen wir die aktuelle Krise, die Schwierigkeiten und Herausforderungen mit den elementaren historischen Begründungen von Krieg und Frieden auf einen Schlüsselpunkt des Themas: Europas Politik muss das Erklärungsdefizit eliminieren. Es ist viel mehr Zeit und Kraft auf die Erläuterung zu richten. Wer die Deutungshoheit gewinnt, der gewinnt auch die Zukunft. Und dennoch: Auch ein strategischer Entwurf zum Projekt Europa wird heute in einen schwierigen Kontext geraten. Die sowieso nur schwach ausgeprägte Identität Europas hat inzwischen ihre politische Stabilisierungsleistung weitergehend eingebüßt. Es gab in früheren Jahrzehnten durchaus stärkere Prägungen. Nach dem Zweiten Weltkrieg spürten die Europäer – jenseits ihrer entfernten historischen Erfahrungslinien – die ausgeprägte Notwendigkeit, als Antwort auf die Weltkriege eine Friedensgemeinschaft aufzubauen. Diese gemeinsame Idee geriet dann in einen dramatischen weltpolitischen Konflikt. Die Auseinandersetzung zwischen Ost und West war mehr als ein bloß vordergründiger Machtkonflikt: Sie war auch ein elementarer Konflikt um Normen. Und dies wirkte wiederum identitätsstiftend. Als der weltpolitische Konflikt zwischen Ost und West beendet war, fehlte die Identitätshilfe.

Europa kann heute nur als rettende, elementare Antwort auf die Globalisierung ein neues Ethos entfalten. In der Globalisierung liegt die Idee für die neue, kraftvolle Begründung. Ein Aufbruch aus der „zweiten Eurosklerose“ kann nur vermitteln, wer die Kunst der großen Deutung beherrscht. Am Beginn steht die Globalisierung mit ihren dramatischen Konsequenzen für jeden Ein-

zelen. Europa liefert die Antwort darauf mit seinem strategischen Konzept der Differenzierung nach innen und nach außen. Nur die Union kann schlüssige Antworten liefern, nur die Gemeinschaft ist stark genug, den einzelnen Staaten Schutz, Ordnung und Individualität zu garantieren. Europa hat das Potenzial zur Weltmacht. Allerdings muss dieses Potenzial angemessen organisiert und mit dem Geist europäischer Identität erfüllt werden. Eine solche historische Großleistung kann das gleiche Europa erbringen, das heute den großen Herausforderungen verunsichert gegenübersteht.

Europäische Identität – Europäische Strategiegemeinschaft

Eine mächtige politische Wirklichkeit, die ihre Identität sucht, braucht den Ort repräsentativer Selbstwahrnehmung. In der klassischen Lehre der repräsentativen Demokratie ist dieser Ort das Parlament. Das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente sind heute aber weit davon entfernt, der öffentliche Ort der Selbstwahrnehmung einer Gesellschaft mit ihren Zukunftsbildern und Hoffnungen, mit ihren Ängsten und Konflikten zu sein. Das Europäische Parlament muss also – wie auch die nationalen Parlamente – seine Rolle neu verstehen.

Identität wird durch einen gemeinsamen Erfahrungshorizont kreiert. Die Möglichkeiten hierzu bieten sich schon jetzt. Die Dichte integrativer Verbindung hat drastisch zugenommen. Längst ist es nicht mehr die bloße Zollunion oder dann nur der Binnenmarkt. Die Wirtschafts- und Währungsunion hat einen schicksalhaften Schub des Aufeinander-Angewiesenseins ausgelöst. Auch aus dem Ausland kommen fast täglich Anfragen – sei es zum UN-Sicherheitsrat, sei es zur Transformation im arabischen Raum, sei es im Nahost-Konflikt oder zu den Klima-Regimen. Aber eine kompakte europäische Antwort bleibt bisher aus. Allzu lange kann sich Europa dies nicht erlauben. Vielmehr muss es sich als Strategiegemeinschaft verstehen. Die Zäsur ist vergleichbar mit den großen Einschnitten in der Geschichte. Das Ringen um imperiale Hegemonie früherer Epochen, die Erfahrung großer kriegerischer Katastrophen erfasste ähnliche politische Tiefendimensionen wie auch die Gründungsschritte zur Erfolgsgeschichte der Integration. Der große Machtapparat der Europäischen Union wird folgerichtig konfrontiert mit der Frage nach seiner Legitimation.

Hält man sich das gesamte Spektrum der deutschen Europapolitik vor Augen, dann wird ein Resümee ganz klar: Die Debatte hat keine klare Kontur. Es gibt diverse Elemente der Kritik, ebenso wie die Betonung der Erfolgsgeschichte. Es gibt Detailhinweise auf Reform-Notwendigkeiten ebenso wie warnende Bemerkungen im Blick auf populistische Abgründigkeiten. Es gibt aber kein deutliches Profil, da Orientierung auch im Pro und Contra bieten würde. Die Baustelle Europa braucht aber eine solche transparente Erkenntnishilfe. Die Forderung, Klarheit zu schaffen, liegt also ganz elementar auf der Hand.